Pressemitteilung der

Bürgerinitiative für eine umweltfreundliche Industrie in Bützfleth (BIB) vom 7.9.2026:

Der Antrag für das schädlichste Kraftwerk Deutschlands ist gestellt

Nach langen Verzögerungen stellt Hansekraft den Genehmigungsantrag für Deutschlands größtes und damit schädlichstes Holzkraftwerk beim Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg

Die Bürgerinitiative in Bützfleth hat in zahlreichen Veröffentlichungen auf die schädliche Wirkung, die geringe Wirtschaftlichkeit, die fatalen ökologischen Folgen und die falschen Versprechen der Hansekraft hingewiesen. Mehrfach wurde auch auf die politische Verantwortung des Stader Rats für die fehlende Bauleitplanung für das Industriegebiet Bützfleth hingewiesen. Hier existiert ein Planungserfordernis nach § 2 BauGB.

Dass der Antrag dennoch kommt, ist für uns unverständlich.

„Wir werden die fachlichen Kriterien für eine Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz mit eigenen Energieexperten parallel zum Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg prüfen“, so der Sprecher der BIB Dr. Jan Witt und führt weiter aus: „Die Politik im Stader Rat darf sich nicht wegducken und sollte endlich ihre Hausaufgaben für die Grundlagen jeder Planung und jeder weiteren Ansiedlung im Industriegebiet machen und einen vernünftigen Bebauungsplan für das Industriegebiet aufstellen.“ Das wäre eine gesetzliche Grundlage, die auch den Schutz der Bürger gewährleisten könne und die das Gewerbeaufsichtsamt als Grundlage für das Genehmigungsverfahren nutzen müsste. Es sei eben nicht so, dass die Politik nun alle Verantwortung an die Genehmigungsbehörde weitergeben kann. Hans Schmidt als ausgewiesener Planungsexperte der BIB erläuterte die bereits langandauernde Geschichte einer selbstverschuldeten und verantwortungslosen Planungssituation des Industriegebietes und stellte in einem Schreiben an die Ratsfraktion der CDU und dem Ratsherrn Friedl, die daraus resultierenden rechtlichen Konflikte anschaulich am Beispiel der Lärmbelastung in Bützfleth dar.

Für die BIB sind zwei Sachebenen bei ihrer Kritik wesentlich:

1. Die Lebensqualität der Bützflether wird bereits jetzt überstrapaziert und rechtlich mit Füßen getreten. Beim Lärm werden gesetzliche Grenzwerte seit Jahren deutlich überschritten, Die in der Störfallverordnung geforderten Mindestabstände von Störfallbetrieben zur Wohnbebauung werden in erheblichem Umfang unterschritten und bei den Luftschadstoffen kommt es durch Staub regelmäßig zu starker Belastung der Bevölkerung. Es darf kein weiteres Kraftwerk dieser Dimension in Betrieb gehen- das Maß ist schon lange mehr als voll.
2. Auf überregionaler Ebene ist industrielle Holzverbrennung für Wärmeproduktion ein Schritt zurück in die Steinzeit und absolut

klimaschädlich. Holz setzt sogar mehr CO2 frei als Steinkohle und Gas bezogen auf den Brennwert (s. Infopapier BIB). Schadstoffbelastete Hölzer (Sondermüll) aus ganz Europa sollen in gigantischen Mengen zusammengefahren und auf Bützflether Sand verbrannt werden und Bützfleth wird nicht ein Leuchtturmprojekt der Klimawende, sondern im Gegenteil zum Klimaklo Deutschlands. Ein Hochrisikogebiet für innovative Investoren, für den Tourismus und landwirtschaftliche Lebensmittelproduktion. Hansekraft kann die großmaßstäbliche Abscheidung von CO2 zwar versprechen aber nach Expertenmeinung nicht wirtschaftlich oder technisch umsetzen.

Mittlerweile ist klar, dass es keine günstige Energie für die Bürger von der Hansekraft geben wird und auch Großabnehmer wie Airbus planen nicht mehr mit dem fragwürdigen Energieunternehmen und seinem grünen Mäntelchen.

Industrielle Holzverbrennung kann weder ökologisch sinnvoll noch wirtschaftlich nachhaltig sein., Das wird belegt durch Veröffentlichungen des Umweltbundesamtes (UBA) und des Bundeministeriums für Umwelt und Klimaschutz (BMUK). Wenn Hansekraft von einer Energiewende spricht und von einer Entlastung fossiler Energien im Industriegebiet, dann kann dem nicht gefolgt werden, wie nachfolgende Fakten belegen: AOS produziert 100% seiner elektrischen Energie selbst und ist allenfalls am Prozessdampf interessiert. Der Energiestrompreis hat das Geschäft mit dem Strom zudem auch für andere Abnehmer unwirtschaftlich gemacht.

Einen Störfallbetrieb der höchsten Gefahrenklasse wie Hansekraft direkt neben bereits vorhandene Störfallbetriebe wie LNG, AOS und DOW zu planen und das noch bei einem fehlenden Bebauungsplan ist zum Scheitern verurteilt, da geltende Abstandsregeln zur Wohnbebauung unterschritten werden. Das wusste Hansekraft aus dem vorhergehenden Projekt der Müllverbrennung natürlich schon lange. Aber Augen zu und durch, vielleicht merkt es ja niemand in Lüneburg und die Stadt macht ja alles mit und nimmt ihre Verantwortung zum Schutz der Bützflether schon lange nicht mehr wahr…

Zeit, dass die Bürger bei der anstehenden Wahl sich genau überlegen, wer es ernst meint mit verantwortlicher Politik für Bützfleth und Umgebung und den bisher Verantwortlichen die verdiente Quittung vorlegen. Alle Parteien bis auf Linke und WGS/ WGB haben das Einvernehmen für den Bau unterschrieben…

BI Bützfleth

www.Buergerinitiative-Buetzfleth.de